



Wortprotokoll der 56. Sitzung

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Berlin, den 21. Februar 2024, 17:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
E.700

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 Seite 4

Unterrichtung durch die **Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Svenja Schulze, MdB** über den **aktuellen Sachstand sowie Planungen in der 20. Wahlperiode zur Erreichung zentraler Nachhaltigkeitsziele**

Tagesordnungspunkt 2 Seite 18

Nachbereitung der Sitzung des Staatssekretärsausschusses für nachhaltige Entwicklung am 27. November 2023 zum Thema **„Schadstofffreie Umwelt“** durch **Stefan Tidow**, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV)



Tagesordnungspunkt 3 **Seite 24**

Aussprache und Beschlussfassung über die
**Unterrichtung des Parlamentarischen Beirates für
nachhaltige Entwicklung zum Indikatorenbericht
2022 des Statistischen Bundesamtes**

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 24**

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung -
Beschlussfassung über die Votenliste
Ausschussdrucksache 20(26)99

Tagesordnungspunkt 5 **Seite 25**

Berichte aus den Berichterstattergruppen und zu
zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den
Ausschussberatungen

Tagesordnungspunkt 6 **Seite 25**

Verschiedenes



Mitglieder des Beirates

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kleebank, Helmut Rudolph, Tina Zorn, Armand	Abdi, Sanae Kersten, Dr. Franziska Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Wagner, Dr. Carolin
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Kaufmann, Dr. Stefan Mannes, Astrid Mayer-Lay, Volker Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang	Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas N.N.
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ganserer, Tessa Menge, Susanne Wagner, Johannes	Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelsen, Swantje Henrike
FDP	Al-Halak, Muhanad Gründer, Nils Willkomm, Katharina	Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad
AfD	Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer	Bleck, Andreas Kaufmann, Dr. Michael



Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich begrüße Sie herzlich zur 56. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE). Ich freue mich, dass Sie so zahlreich erschienen sind.

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich noch einige formale Informationen mit Ihnen teilen. Es gab einige Veränderungen in der Mitgliedschaft unseres Beirates. Wir begrüßen die neuen ordentlichen Mitglieder des PBnE in unserer Runde. Zunächst darf ich im Namen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und in Nachfolge der Kollegin Stefanie Aeffner die Kollegin Susanne Menge herzlich begrüßen. Aus den Reihen der CDU/CSU ist Frau Astrid Mannes neu an Bord. Sie ersetzt die Kollegin Kerstin Radomski. Herzlich willkommen. Durch die Auflösung der Fraktion DIE LINKE. und die Bildung zweier neuer Gruppen haben sich in verschiedenen Ausschüssen die Zusammensetzung bzw. die Zahlen der Mitglieder verändert. Im PBnE hat sich die Mitgliederzahl nicht verändert. Der Beirat hat weiterhin 20 ordentliche Mitglieder. Der von der Fraktion DIE LINKE. weggefallene Sitz ist an die Fraktion der CDU/CSU gefallen. Als neues Mitglied dürfen wir daher Herrn Dr. Stefan Kaufmann begrüßen. Ist der Kollege anwesend? Das ist nicht der Fall. Richten Sie ihm bitte herzliche Grüße aus. Persönlich werden wir ihn dann in der nächsten Sitzung begrüßen. Dann gibt es noch ein paar Geburtstage mitzuteilen. Zwei Geburtstagskinder, denen wir heute nachträglich gratulieren, sind auch da. Nicht anwesend ist die Kollegin Franziska Maschek. Sie hatte am 4. Februar 2024 Geburtstag. Anwesend ist Kollegin Susanne Menge. Sie hatte am 11. Februar 2024 Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch. Kollegin Katharina Willkomm hatte am 19. Februar 2024 Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch nachträglich.

In der Obbleuterunde ist die heutige Tagesordnung, die Ihnen zugegangen ist, unverändert beschlossen worden. Ich rufe daher TOP 1 auf.

Tagesordnungspunkt 1

Unterrichtung durch die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung, Svenja Schulze, MdB über den aktuellen Sachstand sowie Planungen in der 20. Wahlperiode zur Erreichung zentraler Nachhaltigkeitsziele

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ich freue mich sehr, dass die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Svenja Schulze, MdB, es persönlich möglich gemacht hat, zu uns in den Beirat zu kommen. Das ist bei so einem dichten Terminplan nicht immer ganz einfach. Ich freue mich umso mehr, dass die Terminabsprache mit dem Büro sehr gut funktioniert hat. Wir werden heute über die 17 globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) sprechen. Sicherlich werden wir das nicht in jeder Verästelung tun, aber es wird auch darum gehen, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit und Solidarität an dieser Stelle ist und wie wir die Zusammenarbeit stärken können. Auch die Rolle Deutschlands wird an dieser Stelle sicherlich Thema sein. Wir haben verabredet, dass Sie etwa 15 Minuten Zeit für Ihren Vortrag haben. Anschließend wird sich eine Fragerunde mit jeweils fünf Minuten für die Frage und die Antwort anschließen, und zwar in der Reihenfolge, wie Sie sich die Kolleginnen und Kollegen zu Wort melden. Lassen Sie uns beginnen. Sehr geehrte Frau Bundesministerin, Sie haben das Wort.

BMin Svenja Schulze (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, ganz herzlichen Dank. Lieber Herr Staatssekretär Stefan Tidow, schön, dass wir es heute gemeinsam schaffen, im PBnE anwesend zu sein. Erst einmal ganz herzlichen Dank für die Einladung des Beirates. Ich finde, es ist eine wirklich großartige Chance und Gelegenheit, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Herr Vorsitzender, Sie haben das gerade schon angesprochen. Die nachhaltigen Entwicklungsziele sind in einer wirklich herausfordernden Lage. Eigentlich finde ich immer noch, dass das ein Meisterstück des Multilateralismus war, überhaupt weltweit die Agenda 2030 zu vereinbaren. Dass das international gelungen ist, finde ich immer noch wirklich etwas Besonderes. Innerhalb dieses Systems der SDGs sind die Nachhaltigkeitsziele für die anstehenden Fragen auch weiterhin ein



echter Kompass, wie man es schaffen kann, im Rahmen der planetaren Grenzen ein menschenwürdiges und sicheres Leben auf der Welt zu ermöglichen. Es gab regelmäßig Nachfragen, was diese Ziele eigentlich noch sollen. Wenn man noch einmal auf den SDG-Gipfel im September letzten Jahres schaut, dann sieht man, dass es immer noch eine grundsätzliche Orientierung gibt. Dabei wurde eine politische Abschlusserklärung einstimmig angenommen, die die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 erneut bekräftigt. Es gab aber auch Zweifel. Ich finde, es macht Mut, wenn man sieht, dass diese Erklärung am Ende gelungen ist. Aber es ist auch vollkommen klar, dass wir bei der Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele viel zu langsam sind. Wir sind im Grundsatz bei all diesen Zielen „off track“ und nicht „on track“. Nach jetzigem Stand ist es so, dass kein Land auf der Welt die Ziele bis zum Jahr 2030 erreichen wird, auch nicht Deutschland. Deswegen stellt sich natürlich die Frage, woran das eigentlich liegt. Was hat uns so zurückgeworfen? Ein Aspekt, den Sie sicherlich auch schon vermutet haben, ist die COVID-19-Pandemie, die für enorme Rückschritte gesorgt hat. Da ist dann noch die Klimakrise, es sind aber auch die diversen Kriege, die die Entwicklungserfolge, die wir schon erreicht haben, ganz besonders in den ärmsten Ländern dieser Welt wieder zunichtegemacht haben. Hinzu kommen wachsende Ungleichheiten, die fehlende Finanzierung und viel zu langsam voranschreitende Strukturreformen. Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) hat erst vor kurzem eine Studie veröffentlicht, die uns als politisch agierende Menschen zu denken geben muss. Die deutsche Bevölkerung hat angesichts dieser Krisen die Zuversicht verloren, dass wir überhaupt noch an den Zielen arbeiten bzw. wir diese noch erreichen wollen und sie für uns noch eine Art Leitschnur darstellt. Ich weiß, dass es diese Diskussion auch im Deutschen Bundestag gibt. Auch hier gibt es in Teilen eine skeptische Grundhaltung zu der Sinnhaftigkeit von Entwicklungszusammenarbeit. Ich glaube, ich habe noch nie so viel über Falschmeldungen zu Fahrradwegen in Peru diskutiert wie in den letzten Wochen. Das wird aber vielen von Ihnen auch so gehen.

Ich will hier ganz deutlich sagen, dass ich diese Diskussion über die Frage, ob das überhaupt noch zeitgemäß ist, sich solche Ziele zu setzen oder es noch zeitgemäß ist, Entwicklungszusammenarbeit zu machen, für sehr gefährlich und kurzsichtig halte. Die Herausforderungen, die wir in der Welt haben, die machen nicht an den nationalen Grenzen halt. Wenn man die Probleme gemeinsam angehen will, und das müssen wir, dann ist Entwicklungszusammenarbeit eines der Felder, bei denen wir Partnerschaften aufbauen, wo wir es schaffen, gemeinsam Krisen zu bewältigen. Deswegen ist das gut investiertes Geld. Auch da lohnt wieder ein Blick in die Wissenschaft. Wir wissen, dass mit jedem Euro, mit dem wir heute weltweit Gesellschaften krisenfester machen, später mindestens vier Euro an humanitärer Nothilfe einsparen werden. Deswegen sind Investitionen in die Entwicklungszusammenarbeit gut investiertes Geld. Der Wohlstand in Deutschland beruht auf Weltoffenheit und dass wir eine Exportnation sind. Jeder zweite Euro in Deutschland wird mit dem Export von Waren verdient. Wenn wir weiter ein starkes Exportland bleiben wollen und wir unseren Wohlstand erhalten wollen, dann können wir uns keine Schneckenhaus-Mentalität erlauben. Ich denke, das ist etwas, was man in diesem Beirat gar nicht länger erläutern muss. Ich will es aber an dieser Stelle trotzdem noch einmal sagen.

Ich habe gerade den zweiten Weltnachhaltigkeitsbericht der Vereinten Nationen angesprochen, der noch mal genau aufzeigt, was sich eigentlich verändern muss. Der Bericht zeigt sehr genau auf, wie der Weg sich darstellt, um die Ziele der Agenda 2030 doch noch zu erreichen. Ganz zentral wird in dem Bericht der Abbau von Ungleichheiten in den Gesellschaften und aber auch zwischen den Gesellschaften herausgehoben. Es geht da nicht nur um Einkommensungleichheiten, sondern es geht ganz deutlich auch um Veränderungen von Strukturen und Ursachen von Ungleichheit. Deswegen haben wir uns im Hinblick auf die deutsche Entwicklungszusammenarbeit auch diese Berichte angesehen und genau hingesehen, wie wir beitragen können, solche strukturellen Ungleichheiten zu bekämpfen. Ein wichtiger Punkt dafür ist die feministische Entwicklungspolitik. Gleichstellung ist ein Menschenrecht, das bis heute noch in keinem



Land der Welt erreicht wurde. Die gleichberechtigte soziale, politische und wirtschaftliche Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen ist enorm wichtig. Wir wissen aus wissenschaftlichen Studien, dass es deutlich weniger Hunger und Armut und mehr Stabilität in der Welt gibt, wenn die ganze Gesellschaft beteiligt wird, also wenn Frauen auch gleichberechtigt Verantwortung übernehmen können. Es gibt wunderbare Studien der Weltbank, die gerade vor kurzem berichtet haben, dass das weltweite pro Kopf Bruttoinlandsprodukt um 20 Prozent steigen würde, wenn Frauen und Männer gleichberechtigt an der Arbeitswelt beteiligt wären. Insoweit gibt es viele Untersuchungen, die zeigen, dass Geschlechtergerechtigkeit ein ganz zentraler Punkt ist. Deswegen habe ich mir vorgenommen, dass wir in dieser Legislaturperiode 93 Prozent unserer Projekte so konzipieren, dass diese auch das Thema Gleichstellung berücksichtigen. Der zweite große Hebel, den wir ansetzen, und davon will ich auch am Anfang kurz berichten, ist die internationale Finanzarchitektur. Wir brauchen auch den privaten Sektor, der sich verändert und auch in nachhaltige Lösungen investiert. Ich bin u.a. deutsche Weltbank-Gouverneurin und wir haben uns eine ehrgeizige Reform der Weltbank vorgenommen. Dabei sind erste Veränderungen der Weltbank bereits auf den Weg gebracht worden. Die neue Vision der Weltbank ist es zu sagen, wir wollen auf einem lebenswerten Planeten leben, also die Armut bekämpfen und neue Anreize setzen, um globale Güter wie „Klima“, „Umweltschutz“, „Friedensförderung“ und eine „Pandemievorsorge“ voranzubringen. Diese neuen Akzente der Weltbank sind jetzt auf den Weg gebracht worden. Aber es ist noch eine ganze Menge zu tun, um da weiterzukommen und um die Bank in diese Richtung auch zu verändern.

Worüber ich vielleicht zu einem späteren Punkt noch berichten möchte, sind positive wie negative Auswirkungen unseres eigenen Konsums. Das hat enorme Auswirkungen auf den globalen Süden. Das war einer der wesentlichen Punkte, warum das Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetz der letzten Koalition auf den Weg gebracht wurde. Unser Konsumverhalten hat enorme Auswirkungen auf alle Länder, vor allen Dingen auf den globalen Süden. Im letzten Ranking belegt

Deutschland einen wirklich schlechten Platz. Beim sogenannten Spill-Over-Ranking von insgesamt 166 Plätzen nehmen wir Platz 144 ein. Das ist unter dem Durchschnitt der Europäischen Union (EU). Das ist sogar unter dem Durchschnitt der G7. Deswegen müssen wir noch mehr tun, um das, was durch unsere Art des Konsums in der Welt Negatives ausgelöst wird, zu bearbeiten und mitzuhelfen, dass die Dinge in positive Effekte gedreht werden. Dass das geht, zeigt zum Beispiel unser Engagement für die Wasserstoffproduktion. Dort können wir solche Effekte auch positiv nach vorne bringen.

Kein Land der Welt kann die Nachhaltigkeitsziele alleine erreichen. Wir müssen das zusammen unternehmen. Deswegen sind Nachhaltigkeitsstrategien so wichtig. Deswegen ist es so wichtig, dass wir einen eigenen Beirat und eigene Strategien haben, um hier voranzukommen. Wir haben uns als Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) traditionell immer schon dafür eingesetzt bzw. die Dinge weiterbetrieben, indem wir die internationale Komponente der Strategie noch stärker betonen. Im September 2024 findet ein wichtiger Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen statt. Wir werden dort von deutscher Seite und gemeinsam mit Namibia die Verhandlungen führen. Ich glaube, dass dieser Gipfel ein guter Weg ist, um das Thema mit mehr Aufmerksamkeit zu versehen.

Der Bundeskanzler hat aber auch zu einer neuen Art von Konferenz eingeladen. Es ist die Hamburg Sustainability Conference, die im Herbst 2024 stattfinden wird. Wir wollen mit dieser Konferenz Vertreterinnen und Vertreter aus dem globalen Süden und aus den Industrieländern zusammenbringen. Wir wollen auch die Privatwirtschaft, die Wissenschaft und die Zivilgesellschaft an einen Tisch holen, um diese Themen noch mal stärker zu diskutieren. Wie erreichen wir die Ziele? Was sind erfolgreiche Modelle? Was hat uns vorangebracht? Und wie können wir das, was erfolgreich ist, noch weiterentwickeln? Es geht darum, eine Basis für Glaubwürdigkeit und Vertrauen gerade im globalen Süden zu schaffen. Uns wird oft Doppelzüngigkeit und doppelte Standards vorgeworfen. Daran zu arbeiten, dazu braucht es



Gespräche. Das wollen wir mit der Hamburg Sustainability Conference im Oktober 2024 voranbringen. Hierüber kann ich sicherlich gleich noch mehr erzählen. Deswegen will ich mich an dieser Stelle ausdrücklich für das Engagement des Beirats bedanken, sich auch für nachhaltige Entwicklungsziele einzusetzen, um die Agenda 2030 noch bekannter zu machen und über die globalen Nachhaltigkeitsziele zu reden bzw. deren Bedeutung darzustellen. Ich freue mich jetzt auf die Diskussion.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Herzlichen Dank für Ihren Beitrag. Ich hatte es vorhin nicht erwähnt, aber Herr Staatssekretär Tidow wird im Rahmen von TOP 2 vortragen. Es ist schön, dass Sie bereits hier am Tisch sitzen und der Debatte folgen. Nach dem üblichen Prozedere nehme ich Ihre Wortmeldung auf. Ich habe bereits die Kollegin Rudolph, Herrn Dr. Stefinger, Herrn Dr. Kraft und die anderen Kollegen gesehen. Frau Rudolph, Sie haben das Wort.

Abg. Tina Rudolph (SPD): Sehr gerne. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Frau Ministerin, schön, dass Sie heute bei uns sind. Natürlich auch mit Unterstützung aus Ihrem Haus, aber ich möchte es trotzdem am Anfang positiv hervorheben. Es ist nicht immer selbstverständlich, dass die Ministerin hier bei uns vertreten ist. Insofern fühlen wir uns sehr geehrt, dass das heute der Fall ist und wir in den Austausch gehen können.

Ich würde gerne zu dem Punkt kommen, der gerade öffentlich stark diskutiert wird. Warum betreiben wir Entwicklungszusammenarbeit? Warum ist das neben einem altruistischen Interesse auch unser ureigenes Interesse? Gerne möchte ich noch einmal auf die indirekten, intangiblen Vorteile eingehen. Sie haben bereits ausgeführt, dass Deutschland als Exportnation diese Zusammenarbeit direkt für uns wichtig ist. Aber vielleicht könnten Sie noch einmal das Feld der internationalen Diplomatie und den Aspekt der Glaubwürdigkeit, den Sie selbst angesprochen haben, näher erläutern. Vielleicht könnten Sie das etwas plastischer machen. Was sind eigentlich die Kosten, wenn es uns nicht gelingt, diese Glaubwürdigkeit aufrechtzuerhalten? "Bei welchen konkreten Projekten ist es wichtig, dass die internationale Gemeinschaft uns vertraut und dass wir unseren Teil dazu leisten, die SDGs überall zu erreichen?" Vielen Dank.

BMin Svenja Schulze (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Wir haben fünf Minuten für die Fragen und die Antworten? Das ist in jedem Ausschuss ein bisschen anders. Frau Rudolph, vielen Dank für Ihre Worte. Ich glaube, dass es ganz zentral ist, Vertrauen aufzubauen, denn dort, wo internationale Demokratien Lücken lassen und nicht präsent sind, werden diese Lücken oft von anderen gefüllt. Wir sehen ja im wirtschaftlichen Bereich, wie stark wir inzwischen von China abhängig sind. China hat selbst zwar nicht alle Rohstoffe, die sie verarbeiten, sondern holt sie oft aus unseren Partnerländern. Jedoch ermöglicht China keine Wertschöpfung in diesen Ländern, sondern fördert lediglich die Rohstoffe, verarbeitet sie selbst weiter und verkauft sie dann oft an uns. Daher haben wir ein starkes Interesse daran, mehr Arbeitsplätze und erste Verarbeitungsstufen von Rohstoffen beispielsweise in Entwicklungsländern zu schaffen, um diese Abhängigkeit von China zu verringern. Das ist nicht nur ein monetäres und wirtschaftliches Interesse, sondern ganz allgemein auch ein sehr wichtiges.

Ein weiterer Aspekt ist die Währung "Vertrauen". Wir müssen Vertrauen aufbauen. Deutschland ist, wie Olaf Scholz immer wieder Helmut Schmidt zitiert, eine Mittelmacht. Im Vergleich zu den Einwohnerzahlen auf dem afrikanischen Kontinent sind wir kein großes Land mehr. Wir sind zwar wirtschaftlich stark, aber nicht mit den Bevölkerungswachstumsraten wie beispielsweise in Afrika ausgestattet. Daher ist es ratsam, Partnerschaften aufzubauen, Vertrauen zu schaffen und ein verlässlicher Partner in der Zusammenarbeit zu sein. Bei den vielen Krisen in der Welt ist klar, dass wir diese nicht allein lösen können. Wenn mehr Vertrauen in demokratische Systeme wie unseres gesetzt wird und nicht in autokratische Systeme, profitieren wir alle davon. Daher ist Vertrauen enorm wichtig.

Deutschland genießt in vielen Partnerländern einen ausgezeichneten Ruf. Wir sind bekannt dafür, über viele Jahre hinweg verlässlich an der Seite dieser Länder zu stehen und uns genau mit ihren Problemen auseinanderzusetzen. Es gibt auch andere, die nicht so genau hinschauen, was die wirklichen Probleme vor Ort sind und welche Lösungen wir gemeinsam voranbringen können. Daher ist es wichtig, dieses Vertrauen



fortzuführen und darauf zu achten, dass wir diese partnerschaftlichen Beziehungen weiterführen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Gibt es eine kurze Nachfrage? Dafür wäre noch Zeit. Das ist nicht der Fall. Ich möchte nur kurz die Redeliste abgleichen. Ich habe folgende Wortmeldungen gesehen: Herrn Dr. Stefinger, Herrn Dr. Kraft, Herrn Brinkhaus, Herrn Zorn, Herrn Echeverria, Herrn Wagner und Herrn Al-Halak. Habe ich jemanden übersehen? Herrn Blankenburg. Gut, dann verfahren wir so. Herr Dr. Stefinger.

Abg. Dr. Wolfgang Stefinger (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, und vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie heute hier im PBnE sind. Wenn ich mich richtig erinnere, sind Sie seit Beginn dieser Wahlperiode die erste Bundesministerin und das erste Kabinettsmitglied, das hier bei uns vorspricht. Die Staatsministerin ist ja kein Mitglied der Bundesregierung des Kabinetts, aber dennoch ein wichtiges Mitglied. Außerdem war mein Hinweis ursprünglich auch als Kompliment an Sie gedacht.

Frau Ministerin, wenn wir uns den Vergleich anschauen, dann hatten Afrika und Asien in den 1960er-Jahren eine ähnliche Ausgangsposition. Wenn wir uns die Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent und in Asien anschauen, dann müssen wir feststellen, dass die Entwicklungszusammenarbeit mit asiatischen Ländern weitaus erfolgreicher war, insbesondere auch die nachhaltige Entwicklung, als das mit vielen afrikanischen Ländern der Fall ist. Woran glauben Sie, liegt das? Das wäre die erste Frage. Und die zweite Frage: Sie haben auch die fehlende Finanzierung angesprochen und die Privatwirtschaft erwähnt, was ich sehr gut finde. Gleichzeitig haben Sie, wenn wir in den Haushalt schauen, bei diesem Titel stark gekürzt, seitdem Sie im Amt sind. Mich würde mal konkret interessieren, bei wie vielen Reisen hatten Sie eine Wirtschaftsdelegation dabei, wenn Sie in Afrika unterwegs waren?

BMin Svenja Schulze (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Vielleicht zur Aufklärung, aber Sarah Ryglewski ist Staatsministerin beim Bundeskanzler und damit auch Kabinettsmitglied und berichtet immer sehr positiv, auch von

diesem Beirat und von den Diskussionen hier. Deshalb glaube ich, ist es gut, dass wir Ihnen für die Diskussion heute zur Verfügung stehen. Herr Stefinger, ich teile Ihre These nicht, dass Asien grundsätzlich besser in der Entwicklung vorankommt als Afrika. Beide sind große Kontinente, große Einheiten. Wenn Sie in Afrika genauer hinschauen, sehen Sie, dass Kenia zum Beispiel eine ganz rasante Entwicklung gemacht hat. Das Land ist beispielsweise in der Energieproduktion schon weit entwickelt. Das Land speist fast komplett seinen Bedarf aus erneuerbaren Energien und wird wahrscheinlich eines der Länder sein, die sehr schnell mehr Energie produzieren, als sie selbst benötigen, um dann zum Beispiel auch in Wasserstoff investieren zu können. In Asien gibt es Länder, die sehr stark vorangehen in diesem Bereich. Gleichzeitig gibt es welche, die große Probleme haben. Ich denke, es ist wichtig, eine differenzierte Perspektive sowohl auf Europa als auch auf andere Kontinente anzuwenden. In der Entwicklungszusammenarbeit ist es entscheidend, genau zu analysieren, was erfolgreich ist und was nicht. So können wir sicherstellen, dass unsere Bemühungen effektiv sind und nachhaltige Verbesserungen bewirken. Mit DEVal haben wir ein Institut, das uns intensiv dabei unterstützt, erfolgreiche Projekte der Zusammenarbeit zu identifizieren. Ich denke, das ist der richtige Ansatz, um genau zu analysieren, was in der Zusammenarbeit gut funktioniert und was nicht. Was Wirtschaftsdelegationen betrifft, bin ich selten damit unterwegs, da meine Hauptaufgabe nicht im Bereich der Außenwirtschaft liegt. Mein Schwerpunkt liegt vielmehr darin, dazu beizutragen, dass die Rahmenbedingungen in den Ländern geschaffen werden, um Investitionen zu ermöglichen. Natürlich werbe ich auch für deutsche Unternehmen, aber meine Priorität liegt auf der wirtschaftlichen Entwicklung in den betreffenden Ländern.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Haben Sie noch eine kurze Nachfrage?

Abg. Dr. Wolfgang Stefinger (CDU/CSU): Der Name Ihres Hauses ist "Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung". Deshalb glaube ich, dass der Themenbereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ein sehr wichtiger Bereich ist. Wir werden eine



nachhaltige Entwicklung in den Entwicklungsländern, wenn wir insbesondere auf den afrikanischen Kontinent schauen, nur hinbekommen, wenn wir die Privatwirtschaft auch entsprechend stärken. Daher sehe ich auch die Möglichkeit, auch als Entwicklungsministerin und auch als Entwicklungsministerium wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung entsprechend zu fördern. Das möchte ich einfach nur nochmal festhalten.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dankeschön. Wir schauen mal, ob nachher noch eine Gelegenheit besteht, darauf kurz einzugehen. Wir fahren nun in der Redeliste fort. Zunächst Herrn Dr. Kraft und dann Herr Brinkhaus.

Abg. Dr. Rainer Kraft (AfD): Ich möchte auf Ihr Statement eingehen, dass ein Euro für wirtschaftliche Zusammenarbeit vier Euro in der humanitären Hilfe möglich macht. Ich möchte auf Projekte eingehen, die in den Palästinensergebieten, unter anderem auch in Gaza, stattfinden. Mir geht es zunächst um eine Evaluation. Wie kann es denn sein, dass trotz Evaluierung und entsprechender Videos von Projekten nicht aufgefallen ist, dass aus den Mitteln des BMZ für die Wasserinfrastruktur in Palästinensergebieten inklusive in Gaza Wasserrohre für den Bau von Qassam-Raketen verwendet worden sind. Das macht mich nach wie vor sprachlos. Wenn es an diesem wirklich prominenten Beispiel schon nicht aufgefallen ist, wie schaut es denn mit der Evaluierung anderer Projekte aus? Muss man sich da auch Sorgen machen? Ich komme jetzt gerade aus Mexiko. Ich habe festgestellt, dass es dort ein Projekt gibt, das zur Diskriminierung von Mexikanern gegenüber eingereisten Migrant*innen durch deutsche Steuergelder führt. Das macht mich fassungslos. Es wäre gut, wenn Sie dazu etwas sagen könnten. Das würde mich freuen. Aber ich möchte auf Ihren Punkt aus Ihrem Eingangsstatement zurückkommen. Es ging um das Thema „Konsum“. Sie haben gesagt, dass Wasserstoffprojekte ein Erfolg seien. Energiepolitik ist einer meiner Schwerpunkte. Diese Wasserstoffprojekte existieren doch global noch gar nicht. Wie kann man das Ganze als Erfolg bilanzieren, wenn noch nichts existiert, keine Infrastruktur, keine ausgebildete Workforce vor Ort, die diese industriellen Prozesse begleitet.

Gleichzeitig wird natürlich auch noch kein Kilogramm Wasserstoff produziert, der an die deutschen Küsten angeliefert wird. Wie kann man das schon als Erfolg in der Entwicklungszusammenarbeit bezeichnen? Da bin ich ein wenig sprachlos.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Sie können gerne direkt antworten.

BMin Svenja Schulze (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Ganz herzlichen Dank. Die Evaluierung unserer Projekte in Gaza hat ganz klar ergeben, dass unser Geld nicht in falsche Kanäle geflossen ist. Es ist nicht eingesetzt worden, um Waffen zu produzieren. Durch klare Analysen und auch mit Unterstützung von der israelischen Seite wird alles, was wir in Gaza unternehmen, wirklich ganz genau untersucht. Das ist mir auch wichtig, dass wir nachweisen können, dass unsere Systeme funktionieren. Vielleicht noch zur Erfolgsgeschichte von Kenia. Ich habe Ihnen gesagt, dass wir in Kenia beim Ausbau der erneuerbaren Energien sehr weit gekommen sind und dass das es ein Land ist, das jetzt schon in der Lage ist, sich bei einem wachsenden Energiebedarf fast ausschließlich mit erneuerbaren Energien selbst zu versorgen. Dies sind die Schritte. Und wir investieren in den Wasserstoffausbau. Wir unterstützen entsprechende Projekte. Das wird die nächste Stufe sein. Vieles ist noch nicht realisiert, aber das werden eben die nächsten Schritte sein. Vielleicht kann ich die noch verbleibenden zwei Minuten dazu nutzen, um über die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu reden. Natürlich arbeiten wir daran, übrigens genauso wie mein Vorgänger, die Bedingungen für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verbessern. Das ist der wichtige Teil, der im Entwicklungsministerium verortet ist. Gerade mit dem, was ich neu auf den Weg gebracht habe, beispielsweise mit der Just Energy Transition Partnerships mit den Klimapartnerschaften, die wir mit einzelnen Ländern machen, schaffen wir große wirtschaftliche Perspektiven und Chancen für diese Länder, um auch kleine mittelständische Unternehmen entsprechend voranzubringen. Ich glaube, dass das ein guter Schritt in die richtige Richtung ist, um diese Länder zu unterstützen.



Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Dann ist jetzt Herr Brinkhaus und anschließend Herr Zorn an der Reihe.

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Vielen Dank. Soweit ich weiß, ist Herr Stefinger im Moment im BMZ-Ausschuss. Kann das sein? Dort findet gerade eine Sondersitzung statt. Aber er wollte nicht verpassen, dass wir eine Bundesministerin, um das nochmal aufzugreifen, hier zu Gast haben. Natürlich ist das wirklich gut, dass Sie heute bei uns sind. Das wissen wir auch zu schätzen. Was wir auch zu schätzen wissen, ist das Transparenzportal. An dieser Stelle auch dickes Lob. Das ist wirklich gut. Aber es ist natürlich auch ein "Fluch der guten Tat". Denn es ist dadurch natürlich alles transparent geworden und es gibt viele Fragen zu beantworten. Ich will jetzt gar nicht auf die Einzelprojekte eingehen, sondern wir beschäftigen uns ja hier mit den 17 Nachhaltigkeitszielen. Bezüglich der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie werden Sie in Ihrer Funktion als Bundesministerin regelmäßig befragt, da es Ihr Ressort betrifft. Dabei geht es ein bisschen um den Anteil des Bruttoinlandsprodukts für Entwicklungshilfe. Es geht um Good Governance und ein paar andere Sachen. Wir würden uns freuen, wenn das BMZ bezüglich der neuen Nachhaltigkeitsstrategie noch ein bisschen prominenter die Außenwirkung darstellen würde. Hier trägt vor allem die Staatsministerin beim Bundeskanzler, Frau Sahra Ryglewski, Verantwortung, die die Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie derzeit erarbeitet. Aber die Frage geht eigentlich in eine andere Richtung. Sie haben rund zwölf Milliarden Euro an Haushaltsmitteln zur Verfügung. Und es gibt 17 SDGs. Sie definieren im Einzelplan zehn SDGs als Kern-SDGs, weil diese dort noch einmal besonders benannt wurden. Sie haben 65 Länder identifiziert. Und diese zehn SDGs sind wieder mit ungefähr 150 UN-Indikatoren hinterlegt. Bei zehn SDGs, 150 Indikatoren und 65 Ländern haben wir insgesamt rund 100.000 Datenpunkte. Jetzt stellt sich die Frage, und das ist jetzt keine Frage an Sie und an die Bundesregierung, sondern das Problem bestand schon immer, wie priorisieren Sie das? Und wie kommen Sie von der Priorisierung der Bundesrepublik Deutschland bzw. der Bundesregierung auf das einzelne Projekt? Jetzt greife ich trotzdem mal eins raus. Ich habe ein

Projekt in Argentinien gefunden und habe mich dabei gewundert, dass Deutschland dort überhaupt Entwicklungshilfe unternimmt. Dort gibt es ein Projekt in Córdoba. Es geht dabei um verschiedene Post-COVID-Strategien. Wie kommt man im Grunde genommen von einem argentinischen Projekt auf die übergeordneten SDGs, die von Ihnen verfolgt werden? Wie wird das Ganze systematisiert, damit die knappen Mittel insgesamt zwölf Milliarden Euro effektiv eingesetzt werden? Es gibt noch ein paar andere Projekte in Bezug auf die Official Development Assistance (ODA)-Quote. Wie können diese zwölf Milliarden Euro vernünftig eingesetzt werden? Es darf nicht mit einer Art Gießkanne erfolgen. Vielleicht kommt beispielsweise das katholische Hilfswerk Misereor und sagt, wir haben tolle Projekte, oder es kommt eine andere Organisation, die sagt, wir könnten uns vorstellen, in Eritrea etwas gegen Hunger zu machen. Wie gelingt es, dass das nicht unsystematisch wird?

BMin Svenja Schulze (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Das Transparenzportal ist ein wichtiger Schritt nach vorne. Ich würde mir insgesamt noch mehr Transparenz wünschen und dass das auch Fragen aufwirft zu Programmtiteln, die sich zum Beispiel Nichtregierungsorganisationen (NGOs) selbst aussuchen. Am Ende ist es besser, wenn wir diese Transparenz haben. Deshalb arbeiten wir daran, das Transparenzportal noch weiter zu erweitern und auch das Auswärtige Amt noch stärker einzubinden. Bei der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wollen wir den internationalen Bereich stärken, ohne dass wir die Gesamtseitenzahl der Strategie erhöhen. Am Ende muss es ja auch noch handhabbar bleiben. Trotzdem ist die internationale Dimension eine sehr wichtige und für unser Land eine immer wichtiger werdende. Sie hatten gefragt, wie man das bezüglich der jeweiligen Prioritäten ganz konkret festlegen kann. Sie haben absolut recht, das Geld reicht nicht aus, um alle Ziele gleichberechtigt zu verfolgen. Das würde aber auch nicht reichen, wenn wir den gesamten Bundeshaushalt zur Verfügung hätten. Deshalb müssen wir die Dinge priorisieren. Ich habe zu Beginn der Wahlperiode gesagt, dass wir vier große Punkte herausheben und wir das Thema "Gesundheit" wieder stärker auf die Tagesordnung



heben müssen. Nach der COVID-Pandemie ist vollkommen klar, dass wir Pandemien nur gemeinsam bekämpfen können und deswegen auf der ganzen Welt entsprechende Gesundheitssysteme brauchen. Deshalb haben wir dieses Thema wieder neu auf die Tagesordnung gesetzt. Es gab von Ihnen auch Nachfragen bezüglich der Themen "Klima", "Just Transition", dem "Kampf gegen Hunger" und der "feministischen Entwicklungspolitik". Ganz konkret läuft das so, dass wir alle zwei Jahre mit den meisten Ländern in Regierungsverhandlungen gehen. Dabei verhandeln wir die Dinge, die wir anbieten können, wo wir unsere Kompetenzen haben und wo wir besonders gut sind. Die meisten Länder fragen uns zum Beispiel nach Berufsbildungssystemen. Da hat Deutschland weltweit ein Alleinstellungsmerkmal, das wir mit beruflicher Bildung praktisch anwendbares Wissen voranbringen. Wir haben gute Projektpartner. Die Handwerkskammern sind dabei, um vor Ort zu vermitteln, wie so etwas funktioniert. Das ist etwas, was überall immer wieder nachgefragt wird und was wir voranbringen können. Einen Teil machen wir in den Regierungsverhandlungen und legen Schwerpunkte jeweils für die nächsten zwei Jahre fest. Den anderen Teil machen die Nichtregierungsorganisationen, die für sich selbst auch Schwerpunkte setzen. Da mischen wir uns nicht ein, weil wir sagen, die großen Kirchen, die großen Organisationen, also Misereor, Brot für die Welt oder die Welthungerhilfe, die können gut selber entscheiden, wo sie was machen wollen. Da vertrauen wir darauf, dass die das selbst gut im Griff haben. Da reden wir nicht rein, sondern überlassen das den Organisationen selbst. Es ist im Kern ein Aushandlungsprozess, wie wir dann am Ende darauf kommen, welche Maßnahme auf welches SDG "einzahlt". Wir arbeiten immer daran, das noch zu verbessern, denn das hat eine wahnsinnige Komplexität. Wir haben auch eine unheimliche Komplexität bei der Kennzeichnung von Projekten. Aber Transparenz erfordert eben auch, dass man Daten entsprechend festhält. Und dabei den richtigen Weg zu finden, dass wir Ihnen die Informationen geben können, wie erfolgreich die Projekte waren, wie viele Leute wir erreicht haben, und gleichzeitig es nicht zu komplex zu machen, das ist die tägliche Herausforderung. Vor allem, weil wir nicht nur national ein Kennsystem

haben, sondern auch in der EU und international in diese Systeme jeweils die Daten eingeben müssen. Die Komplexität, da würde ich Ihnen zustimmen, Herr Brinkhaus, ist enorm hoch, aber notwendig. Deshalb ist das unser täglicher Job, damit umzugehen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Jetzt folgen auf der Redeliste Herr Zorn und dann Herr Echeverria.

Abg. **Armand Zorn (SPD):** Vielen Dank, Frau Ministerin, schön, dass Sie heute da sind. Ich habe zwei Fragen mitgebracht. Die erste Frage, die uns seit einer Weile begleitet, ist die Frage, wie wir es schaffen können, alle möglichen Akteure, die es gibt, zusammenzubringen. Wir haben es damit zu tun, dass es auf multilateraler Ebene, auf regionaler Ebene und auf nationaler Ebene mehrere Akteure gibt, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätig sind und dabei um gewisse Themen und gewisse Projekte konkurrieren. Daher ist die Frage der Koordinierung zwischen den Akteuren eine entscheidende Frage, wenn es darum geht, tatsächlich einen entsprechenden Impact zu erreichen. Damit verbunden ist auch die Frage, inwieweit Sie auch eine Strategie verfolgen, ein Angebot anzubieten, als Pendant zu dem, was die Chinesen und andere Akteure auch in den letzten Jahren im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit gemacht haben.

Und die zweite Frage bezieht sich auf die Frage der Finanzierung, wenn es darum geht, die SDGs zu erreichen und zusätzliche Gelder zu mobilisieren. Dabei gibt es einiges, was in Ländern des globalen Südens geschehen muss. Aber es gibt auch ein paar Punkte, die sich auf die globale Ebene beziehen. Dabei geht es mir um die Reform der Weltbank, aber auch um die Frage der Schuldenrestrukturierung, die schon seit Jahren diskutiert wird. Ich weiß, dass Ihr Haus hierzu eine Studie herausgebracht hat. Wenn Sie nochmal Ihre Eindrücke im Hinblick auf potenzielle Lösungsansätze vorstellen könnten, wäre das sehr hilfreich. Vielen Dank.

BMin Svenja Schulze (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Das sind eigentlich zwei Fragen, mit denen man eine geraume Zeit verbringen kann. Der Unterausschuss Internationale Klima-



und Energiepolitik wird sich ausführlich mit den Fragen zur Weltbank befassen, auch in Bezug auf die Finanzierung. Die Weltbankreform ist der erste Schritt, um weiter voranzukommen. Sie haben völlig recht, das Thema "Schulden" anzusprechen. Die Schuldenstruktur ist heute in den Entwicklungsländern eine ganz andere als noch vor 15 oder 20 Jahren. China spielt eine sehr große Rolle. Bei 17 Prozent der Schulden der Entwicklungsländer ist China der Geldgeber. Wir haben dabei aber auch einen großen Teil privater Gläubiger. Dafür wird international der Begriff „Geierfonds“ verwendet, weil diese Fonds eben auch große Probleme bereiten. Diese Finanzflüsse im Hinblick auf die Transparenz der Schulden dieser Länder zu durchschauen, ist sehr komplex. Wir haben das G20 Common Framework, das wir da auf den Weg gebracht haben. Durch sehr große Bemühungen von Kristalina Georgieva (Geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds) ist es gelungen, diese Strukturen auch "ans Laufen" zu bekommen, um in der Bearbeitung der Schulden besser zu werden. Aber da ist noch Luft nach oben. Es ist wahnsinnig schwierig, China an einen Tisch zu bekommen. Deshalb arbeiten wir auch an neuen Instrumenten, die bei uns bereits bekannt sind, international jedoch nicht so stark genutzt werden, Stichwort "Debt Swaps". Dabei geht es darum, Schuldenumwandlungen anzubieten, die diesen Ländern sehr helfen. Beispielsweise sagen wir, dass wir auf Rückzahlungen von Schulden verzichten, wenn das betreffende Land bestimmte Dinge in ihrer Währung vorsieht, die wir sonst in der Entwicklungszusammenarbeit anbringen würden. Solche neuen, kreativeren Finanzinstrumente sind etwas, das sehr helfen kann und wofür wir gerade international werben. Das ist auch meine Antwort auf den zweiten Teil Ihrer Frage. Wie schaffen wir das eigentlich mit der Koordination? Deutschland muss in den multilateralen Organisationen viel präsenter sein. Wir müssen bei der Weltbank, in der EU und in den ganzen international koordinierenden Organisationen eine bedeutendere Rolle übernehmen. Wenn wir dort Dinge beeinflussen, dann können wir einfach viel größere Geldsummen und viel größere Projekte voranbringen. Ich möchte das mal anhand eines Beispiels deutlich machen. Mein Haushalt ist viel zu klein mit den 12 Milliarden Euro, die ich habe.

Wenn wir die 100 Milliarden Haushaltsmittel pro Jahr der Weltbank beeinflussen, und das tun wir gerade in einem Schulterchluss mit den USA zusammen, dann bringen wir einfach nochmal deutlich mehr Gewicht in die internationale Zusammenarbeit. Deshalb investieren wir gerade so viel Zeit in multilaterale Organisationen und auf europäischer Ebene. Gerade die EU ist sehr wichtig. Wir werden als Europäer wahrgenommen. Wenn wir dann auch eigenständig mit den deutschen Ansätzen wahrgenommen werden wollen, müssen wir beispielsweise die Team-Europe-Initiative oder Global Gateway viel stärker beeinflussen. Das kostet Zeit und Energie. Es gibt immer wieder Nachfragen, warum wir denn so viel Personal im BMZ brauchen. Dabei geht es genau um diese Arbeit in Bezug auf das Multilaterale und darum, in diesem Bereich auch etwas zu bewegen. Wo man das im Moment ganz besonders gut sieht, ist in der Sahelzone. Wir haben in der Sahelzone 18 Geldgeber von der Weltbank, beispielsweise mit Frankreich und den USA. Wir sind in dieser Region mit 27 Milliarden Euro und aktiven Portfolios vertreten. Das besser zu koordinieren, sodass das Geld auch sinnvoll eingesetzt wird bzw. ankommt und wir gegen das russische Narrativ, das dort sehr stark vertreten ist und gleichzeitig auch etwas demokratische Strukturen dagegenstellen können, ist sehr wichtig. Es geht auch darum zu sagen, dass wir helfen, dass wir präsent sind, und wir uns für Perspektiven für die sehr junge Bevölkerung in der Sahelzone sorgen, um dort auch Jobs zu schaffen. Das nutzt uns wiederum dabei, die Wurzeln des Terrorismus auszutrocknen. Das sind so Beispiele für eine gemeinsame Koordination, die wir eben auch voranbringen müssen. Das ist aufwendig, das kostet Zeit und man sieht auch nicht alles immer sofort. Ich glaube, dass es sehr gut investierte Zeit und sehr gut investiertes Geld ist, multilateral da stärker präsent zu sein.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Wir kommen nun zu Herrn Echeverria und anschließend zu Herrn Wagner.

Abg. **Axel Echeverria (SPD):** Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Vorsitzender, ich schließe mich dem Dank an, dass Sie heute hier bei uns sind. Meine Kollegin Susanne Menge von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ich waren vor



etwa anderthalb Wochen mit der Deutsch-mittelamerikanischen Parlamentariergruppe unterwegs und haben unter anderem Guatemala besucht. Das Land ist natürlich auch ein gutes Gegenbeispiel für die derzeitige Situation in ganz Lateinamerika, wo man zum Teil das Gefühl hat, dass diese Länder gerade irgendwie vom Faschismus und von Populisten gekapert werden. Die Frage, die ich jetzt stelle, kann ich eigentlich selbst beantworten. Aus der bilateralen Zusammenarbeit sind wir ja leider ausgestiegen. Sie werden mir an dieser Stelle vorschlagen, „besorgen Sie mir das Geld und ich mache diese Arbeit“. Deswegen möchte ich mich auf einen anderen Punkt fokussieren. Ein Thema sind ja auch die sogenannten Globalmittel. Bei manchen Treffen mit NGOs oder den Kirchen habe ich so ein bisschen das Gefühl gehabt, dass wir auf der einen Seite richtigerweise feministische Entwicklungspolitik betreiben, aber auf der anderen Seite auch über Globalmittel konservativere Kreise mitfinanzieren, die bestimmte Themen wie zum Beispiel Familienplanung für Frauen, anders sehen als wir. Daher wäre meine Frage, ob man da irgendwie ein Auge darauf hat, da wir über zwei, drei Dinge gestolpert sind, die mich ein bisschen gewundert haben.

BMin Svenja Schulze (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Mittelamerika, besonders Guatemala, erlebt derzeit eine große Dynamik, ähnlich wie die Entwicklungen in Brasilien und Kolumbien im Bereich der Friedensarbeit. Es freut mich sehr, dass es in Guatemala positive Entwicklungen gibt. Wir haben zwar die bilaterale Zusammenarbeit eingestellt, aber dennoch sind dort Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen sehr aktiv. Dadurch bleibt Deutschland weiterhin präsent und engagiert. Besonders wichtig ist die Förderung der Familienplanung und der sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen. Deshalb setzen wir uns weiterhin dafür ein, Projekte mit dem Weltbevölkerungsfonds voranzutreiben. Wenn Frauen mehr Entscheidungsfreiheit darüber haben, wann und mit wem sie Kinder bekommen möchten, ist das ein großer Fortschritt für die Entwicklung. In Ländern wie Nigeria, wo Frauen im Durchschnitt sieben bis acht Kinder bekommen, ist

Familienplanung dringend notwendig, um die Gesundheit und Lebensqualität der Frauen zu verbessern. Wir arbeiten eng mit deutschen kirchlichen Organisationen zusammen, die die Vorteile der Familienplanung erkennen. International beobachten wir jedoch starke Rückschritte in diesem Bereich. Daher achten wir genau darauf, welche Projekte wir unterstützen und ob sie die Rechte der Frauen fördern und soziale Sicherungssysteme stärken. Es ist ein wichtiger, aber auch herausfordernder Bereich, dem wir besondere Aufmerksamkeit schenken.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank für die Beantwortung. Wir kommen nun zu Herrn Wagner und anschließend Herr Al-Halak.

Abg. **Johannes Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, und auch von mir herzlichen Dank, Frau Ministerin, dass Sie hier sind. Ich habe eine Frage zum Pariser Abkommen und generell zum Klimaschutz. Wir wissen ja, dass es nachhaltiger wäre, wenn jeder Bewohner der Erde lediglich zwischen ein und zwei Tonnen CO₂ pro Jahr emittieren könnte. In Deutschland liegen wir deutlich darüber, während viele andere Länder weit darunter liegen. Meine Frage ist also, wie wir dieses Ziel schneller erreichen können. In Deutschland haben wir Pläne für die Jahre 2045 und danach. Wenn wir uns anschauen, wie sich die CO₂-Emissionen im Verhältnis zum Konsum oder zur Produktivität entwickeln – Sie haben auch vorhin den Konsum angesprochen – sehen wir einen Rückgang der CO₂-Emissionen pro Einheit der Wertschöpfung. Es gibt also eine relative Entkopplung von CO₂-Emissionen und Produktivität, aber keine absolute. In den PBNE-Sitzungen hatten wir bereits Vertreter aus dem Finanzbereich, wie z. B. Fiscal Future, aber auch aus der Kirche, die sich mit dem Wachstumsdogma auseinandergesetzt haben. Meine Frage ist daher, wie sich diese Ideen des grünen Wachstums mit den Bemühungen zur Erreichung der Klimaneutralität vereinbaren lassen. Glauben Sie, dass wir durch grünes Wachstum tatsächlich Klimaneutralität erreichen können, wenn dies von allen Ländern umgesetzt wird? Was ist Ihre Meinung zum Rebound-Effekt, der ebenfalls eine Rolle spielt? Ich wäre sehr an Ihren Gedanken hierzu interessiert.



BMin Svenja Schulze (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Vielen Dank für Ihre Einblicke. Das ist in der Tat ein Thema, das eine ausführlichere Diskussion erfordert. Was wir jedoch in unseren direkten Verhandlungen mit unseren Partnerländern sehen, ist, dass es kein Patentrezept gibt, sondern dass wir uns sehr genau auf die spezifischen Bedürfnisse jedes Landes konzentrieren müssen. Ein Beispiel dafür ist der Ausbau der Energieinfrastruktur. Es ist keine Option zu sagen, dass Teile der Bevölkerung vom Energiezugang abgeschnitten bleiben sollen, sondern es muss Möglichkeiten für ein qualitatives und nachhaltiges Wachstum geben. Dies ist auch den betroffenen Ländern selbst sehr wichtig. Es geht darum, nachhaltige Lösungen zu finden, anstatt einfach zu sagen, dass etwa zu viel CO₂ produziert wird. Aus diesem Grund haben wir die Just Energy Transition Partnerships ins Leben gerufen, zunächst mit Indonesien, Vietnam, Südafrika und Senegal als G7-Partnerländer. Diese Partnerschaften zielen darauf ab, langfristige Vorteile erneuerbarer Energien aufzuzeigen und zu demonstrieren, warum sich Investitionen in erneuerbare Energien auch für diese Länder lohnen. Wir müssen auch die Probleme angehen, die beim Ausstieg aus der Kohle entstehen, ähnlich wie wir es in Deutschland erleben. Die Arbeitsplätze im Kohlesektor sind oft gut bezahlt und bieten gewerkschaftliche Sicherheiten, und es ist nicht einfach, sie aus Klimaschutzgründen aufzugeben, besonders wenn es kaum Alternativen gibt. In diesen Partnerschaften arbeiten wir daran, neue, nachhaltige Arbeitsplätze zu schaffen und eine Richtung vorzugeben, die für alle Beteiligten sinnvoll ist. Es gibt keine einfache Lösung, wir müssen uns für jedes Land individuell engagieren.

Abg. **Johannes Wagner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn wir vom globalen Süden auf die G7 schauen, welchen Ansatz verfolgen Sie in diesem Zusammenhang? Welche Gespräche führen Sie mit Ihren Kolleginnen in diesem Zusammenhang? Wenn man nun auf die Länder schaut, die möglicherweise weit über dieser ein bis zwei Tonnen-Grenze von CO₂ liegen.

BMin Svenja Schulze (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Verstehe ich Sie richtig? Es geht um

die Programme mit den G7? Also, wir haben auch durch diese Partnerschaften Diskussionen mit den anderen G7-Staaten, was ich als großen Vorteil sehe. Es ist wichtig, dass wir stärker in einen Austausch darüber kommen, wie das eigentlich funktioniert. Wir führen Zieldiskussionen und setzen Rahmen, aber es sind Erfolgsmodelle. Wie schafft man das so, dass es auch für die Menschen verträglich ist und es keine sozialen Verwerfungen gibt? Das ist ein ganz wichtiger Punkt, den wir auch auf der Hamburg Sustainability Conference stärker betonen wollen, denn in diesem Ziel sind sich alle einig. Aber der Weg dahin, wie wir schneller vorankommen, erfordert einen stärkeren Austausch. Dabei sollte viel von den G7 kommen, da es sich um Industriestaaten handelt, die auch eine ganz andere Verantwortung tragen. Ich glaube jedoch, dass wir auch von vielen afrikanischen Staaten lernen können, zum Beispiel wie man Digitalisierung anders nutzen kann, um CO₂ zu reduzieren. Es ist also ein gemeinsamer Weg notwendig.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Herr Wagner, ich habe Verständnis für Ihre Fragen. Aber ich bitte auch um Nachsicht, dass wir uns hier ein bisschen an die Regeln halten müssen. Das Ringen um den richtigen und schnellsten Weg verbindet uns ja auch hier in Deutschland. Ich würde sagen, das betrifft jeden zweiten Tagesordnungspunkt in den Ausschüssen. Darum geht es genau. Jetzt ist Herr Al-Halak an der Reihe und danach Herrn Blankenburg.

Abg. **Muhanad Al-Halak** (FDP): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Liebe Ministerin, vielen Dank, dass Sie sich heute Zeit nehmen. Als Berichterstatter für das Thema „Wasser“ ist mir bewusst, dass der globale Süden besonders unter schwindenden Wasserressourcen leidet. Welche Verantwortung hat Ihrer Meinung nach Deutschland und wo liegen Ihre Ansätze? Einen zweiten Punkt habe ich noch. Sie haben es ja gerade vorhin angesprochen, dass alles so langsam geht. Wir müssen das insgesamt beschleunigen. Wir haben die Nachhaltigkeitsziele. Wie wollen wir die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern stärken? Das ist natürlich für mich persönlich interessant zu hören, wo Ihre Ansätze sind.

BMin Svenja Schulze (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und



Entwicklung): Ganz herzlichen Dank. Das Wasserthema ist enorm wichtig, besonders in den Ländern des globalen Südens, wo die Wasservorräte schwinden. Wir waren gerade erst in Jordanien, ich war in Marokko. Das sind beides Länder, die enorm unter den schwindenden Wasserreserven leiden, wo jetzt schon die Frage besteht, wie sie ihre Bevölkerung überhaupt noch versorgen können. Ich fand es in Jordanien sehr beeindruckend zu sehen, wie stark sie auf die technische Unterstützung von Deutschland setzen. Es geht gar nicht so sehr um Geld, sondern das Wissen, das wir über Wassermanagement haben und das Wissen über den Aufbau von Wasserreserven und die Frage, wie nachhaltige Wasserbewirtschaftung funktioniert. Da haben wir in Deutschland eine große Expertise. Wir haben nicht nur die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), sondern auch unsere Physikalisch-technische Bundesanstalt (PTB), die dabei sehr genau sagen können, was man tun muss, um Wasserreserven zu erhalten, aber auch um die Schwierigkeiten bei dem Thema wissen. Ich glaube, der eine oder andere kann sich noch erinnern, wie schwierig es war, in Deutschland Wasserrechte durchzusetzen und zu sagen, dass nicht jeder, der nach Wasser bohrt, einfach Wasser entnehmen darf. Es muss ein Management dafür geben. Fraglich ist, ob wir noch wasserreich sind. Fraglich ist auch, solche Maßnahmen in Ländern umzusetzen, die sehr wasserarm sind oder ohnehin zu den ärmeren Ländern gehören. Die Entwicklung geeigneter Mechanismen für ein effektives Wassermanagement in solchen Ländern ist äußerst komplex. Es ist wichtig zu betonen, dass Deutschland hier eine wichtige Rolle spielt. Aufgrund unseres technischen Know-hows, unserer umfangreichen Erfahrung und der Beteiligung von Unternehmen, die im Bereich des Wassermanagements viel bewirken können, wird Deutschland intensiv beobachtet. Deshalb gibt es besonders in der Sahelzone und im Nahen Osten eine hohe Nachfrage nach unserer Expertise. Dies ist eines der Hauptfelder, in denen wir immer wieder angefragt werden. Das ist u.a. ein Schwerpunkt unserer Entwicklungszusammenarbeit.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Es besteht die Möglichkeit zu einer Nachfrage.

Abg. **Muhanad Al-Halak (FDP):** Als Abwassermeister, der ich selbst bin, könnte ich definitiv im Ausland gefragt sein, insbesondere in Regionen, die unter Wasserknappheit leiden und nach Experten suchen, um ihre Wassermanagement- und Abwassersysteme zu verbessern. Die Fähigkeiten dieser Experten könnten einen bedeutenden Beitrag zur Bewältigung dieser Herausforderungen in verschiedenen Ländern leisten.

BMin Svenja Schulze (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Ich hoffe nicht, dass Sie uns verlassen wollen. Aber die Beratung und die Expertise, die Sie anbieten, die wird überall gefragt.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ich habe jetzt auf der Redeliste noch Herrn Blankenburg und Frau Menge. Ich schaue noch mal in die Runde. Wenn ich nichts mehr sehe, schließe ich an der Stelle die Redeliste. Herr Blankenburg, bitte.

Abg. **Jacob Blankenburg (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich freue mich sehr, dass Sie heute bei uns sind. Ich habe eine Frage zur feministischen Entwicklungspolitik. Das haben Sie ja gerade in Ihrem Eingangsstatement sehr eindrücklich anhand der Zahlen und Fakten dargelegt, warum es wichtig ist, gerade auch eine weibliche Perspektive und eine Geschlechtergerechtigkeitsperspektive mitzudenken. Ich war vor drei Wochen auf einer Veranstaltung des BMZ, „Zeitenwende für die Entwicklungspolitik“, die ich wirklich sehr gut und eindrücklich fand. Vieles von dem, was Sie eingangs gesagt haben, hat dort noch einmal seinen Platz gefunden. Aber es wurde auch kritisiert, dass teilweise auf internationaler Ebene immer noch ein selektiver Ansatz bei der Auswahl der SDGs stattfindet, wenn es um die Frage der Umsetzung und des Umsetzungsstands geht. In einigen Ländern des globalen Südens wurde gesagt, dass sie SDG 2 (Kein Hunger) oder auch SDG 9 (Industrie und Innovation, Infrastruktur) für sehr wichtig halten. Aber wenn es um Fragen wie SDG 5 (Geschlechtergerechtigkeit) oder SDG 10 (weniger Ungleichheiten) geht, wird das weniger gerne angesprochen, obwohl aus Ihrer Sicht alles



zusammen gedacht werden muss. Mich würde interessieren, wie Sie solcher internationalen Kritik oder solchen Wünschen begegnen. Es kann vorkommen, dass man ein Ziel verfolgt, ohne dabei direkt alle anderen relevanten Aspekte zu berücksichtigen.

BMin Svenja Schulze (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Ja, es gibt ja auch den einen oder anderen in Deutschland, der das infrage stellt, ob Männer und Frauen wirklich gleichberechtigt sein sollen und ob das die Gesellschaft voranbringt. Ich glaube, dass es immer hilft, auf die wissenschaftliche Evidenz zu rekurrieren und dann in die konkreten Projekte hineinzugehen. Dabei machen wir die Erfahrung, zumindest in vielen Ländern, dass es dann darum geht, wie wir es schaffen, Hunger zu bekämpfen. Dann geben nach kurzer Diskussion die meisten Länder zu, dass das meiste Wissen über Landwirtschaft und die meisten, die in der Landwirtschaft aktiv sind, Frauen sind. Das bedeutet, wenn wir sie nicht einbeziehen und wenn für die Frauen keine Perspektive besteht, wenn Frauen zwar anbauen dürfen, aber kein Recht auf das Land haben, dann wird es weiterhin Probleme geben. Deshalb können wir oft an Initiativen vor Ort anknüpfen, wo Frauen fragen: Wie soll ich langfristig Land bestellen, wenn ich nicht weiß, ob ich nächsten Monat überhaupt noch auf dem Land sein darf? Wie sollen Frauen die Landwirtschaft weiter vorantreiben, wenn sie kein Land besitzen und keinen Kredit bekommen? Wenn bei einem kleinen Ernteausfall der männliche Nachbar weitermachen kann, aber die Frauen nicht, weil Männer Kredite erhalten und Frauen nicht. Also solche Fragen, ganz praktische Alltagsfragen, die müssen gelöst werden. Oft fehlen dann die Rechte der Frauen, oder das Bankensystem gewährt Frauen keine günstigen Kredite. Das sind ganz viele Hürden, denen Frauen gegenüberstehen. Deshalb arbeiten wir über konkrete Projekte nicht abstrakt, sondern ganz konkret. In den Regierungsverhandlungen ist das nicht immer einfach, aber wir haben Anknüpfungspunkte vor Ort. Es ist ja nichts, was wir von außen aufdrücken, sondern es gibt Frauenbewegungen vor Ort. Es gibt beispielsweise in Mali eine starke Bewegung für die Rechte von Frauen, besonders im Bereich des Landrechts. An solchen Punkten anzuknüpfen und zu erkennen, dass dies in der

eigenen Gesellschaft existiert, wo Frauen selbst Lösungen vorantreiben, hilft uns, solche Projekte erfolgreich umzusetzen. Es funktioniert nicht, etwas aufzudrängen. Die Zusammenarbeit und Kooperation sind entscheidend, nicht immer mit den Regierungen, sondern auch mit der Zivilgesellschaft. Es gibt Situationen, in denen die Zusammenarbeit mit Regierungen schwierig ist, weil sie keine effektiven Strukturen vor Ort haben oder weil es sich um fragile Kontexte handelt. Dennoch gelingt es oft vor Ort in konkreten Projekten auf lokaler oder regionaler Ebene Fortschritte im Wassermanagement zu erzielen, um die Ernährungssituation zu verbessern. Ein meiner Lieblingsbeispiele hierfür ist Nigeria. Dort haben wir gemeinsam mit dem Welternährungsprogramm das Wassermanagement in den Gemeinden verbessert, was sich auf die Landwirtschaft und die Beteiligung der Frauen auswirkte. In 80 Prozent der Gemeinden, in denen wir tätig waren, war nach der nächsten Dürre keine externe Unterstützung mehr erforderlich. Ich sehe das wirklich als Erfolg an, wenn es uns gelingt, sie dazu zu befähigen, sich anschließend selbst zu versorgen und für ihre Ernährungssicherheit und ihr Wassermanagement selbst zu sorgen. Ich denke, das ist der erste Schritt, um in den Gesellschaften wirklich Fortschritte zu erzielen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, Frau Ministerin. Den Abschluss der Redeliste hat Frau Menge.

Abg. **Susanne Menge** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Herr Vorsitzender. Auch Ihnen, Frau Ministerin, vielen Dank, dass Sie heute bei uns sind. Ich würde gerne mit zwei positiven Beispielen von der Reise einsteigen, über die Axel Echeverria gerade gesprochen hat. Wir finanzieren in Guatemala, genauer gesagt in der Grenzregion zu Belize, eine Wildtierauffangstation. Diese Station ist nicht nur deshalb interessant, weil sie versucht, von Wilderern gefangene Wildtiere aufzufangen, sondern auch, weil sie mit der Charité zusammenarbeitet. Zusammen betreiben sie ein großes Labor, das weltweit Möglichkeiten erforscht, um uns vor den Zoonosen zu schützen. Das ist wichtig, wenn wir bedenken, wie nahe wir an unberührte Gebiete herankommen und wie wir uns damit den Erregern aussetzen, die potenzielle Pandemien auslösen könnten. Das ist eine



hervorragende Arbeit, die deutlich macht, wie wichtig es ist, dass wir uns dort engagieren und dass es diese Art der Zusammenarbeit gibt. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass sie gleichzeitig die Idee der Agroforstwirtschaft vermittelt. Dadurch trägt sie nicht nur zum Schutz des Waldes bei, sondern auch zur Ernährungssicherheit.

Die zweite Mission, die ich erwähnen möchte, ist die Organization of American States-Mission (OAS) in der Grenzregion zwischen Guatemala und Belize. Es handelt sich um eine konfliktreiche Grenzregion, in der illegaler Holzeinschlag und nicht genehmigte Baumaßnahmen stattfinden. Die sozialen Strukturen sind ähnlich, wie Sie sie gerade im für den Fall beschrieben haben, bei dem Frauen keine Rechte haben und Bildung sowie Lebensbedingungen schwierig sind. Ich habe das erste Mal erlebt, dass eine Grenzsicherung sich vor allen Dingen diesen vier Themenfeldern widmet und dass Frauen gegen illegalen Holzeinschlag vorgehen. Die haben Teams gebildet, die mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, und in diesen Teams wurde erreicht, dass diese illegalen Maßnahmen und der Missbrauch von Zivilisten, insbesondere von jungen Menschen, Frauen und Mädchen, deutlich zurückgegangen sind. Das waren wirklich beeindruckende Zahlen. Ich habe sie leider nicht hier in dieser Liste, sondern im Büro. Aber es ist ein weiteres bemerkenswertes Beispiel dafür, wie wichtig diese Zusammenarbeit ist und was sie erreichen kann. Sie haben bereits selber die Frage aufgeworfen, warum die SDG-Ziele nicht erreicht werden und woran es liegen könnte. Ich denke, wir sollten auch unsere eigenen Strukturen kritisch hinterfragen. Meines Wissens sind insbesondere die Ministerien, die von Frauen geleitet werden, sehr engagiert, wenn es um die Umsetzung der SDGs geht. Ich würde mich freuen, wenn alle Ressorts sich die Erreichung der SDGs zu eigen machen und zumindest versuchen würden, Ziele, die die SDGs betreffen, auch auf ihrer Agenda als prioritär aufzunehmen. Dankeschön.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Da war jetzt keine Frage. Eine Reaktion auf Ihre Ausführungen ist jedoch möglich.

BMin Svenja Schulze (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung): Ganz herzlichen Dank. Ich finde, das war eigentlich eine perfekte Überleitung zu Stephan Tidow, weil, ich weiß aus meiner alten Verbundenheit zum Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), dass es dort sehr große Kompetenzen in der Frage des Schutzes der Biodiversität auch im Umgang mit Zoonosen gibt. Wir arbeiten da sehr intensiv zusammen, um eben auch international den Schutz von Biodiversität voranzubringen. Ich glaube, das ist ein ganz gutes Beispiel, wie eine Zusammenarbeit zwischen Ministerien in diesem Feld gelingen kann, weil das ist das, was am Ende für die Partnerländer, mit denen wir zusammenarbeiten, ganz zentral ist. Die sehen uns nicht als einzelnes Ministerium, die sehen uns dort als Deutschland. Deswegen ist es uns wichtig, uns möglichst gut zu koordinieren. Das ist das, was die Partnerländer von uns erwarten, nämlich dass wir auf unserer Seite koordiniert sind, dass das dann auch wirklich der Fall ist. Es ist am Ende sehr komplex. An dieser Stelle knüpfe ich wieder an Herrn Brinkhaus an. Es geht um Transparenz, die wir schaffen wollen. Das Portal ist das eine, was da hilft, aber auch die unmittelbare Zusammenarbeit an solchen Themenfeldern wie den Zoonosen ist wichtig.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Mein Eindruck ist, dass wir heute viele Themen des BMZ in dieser einen Stunde behandelt haben.

BMin Svenja Schulze (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Es gibt noch mehr.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Daran habe ich keinen Zweifel. Es gibt ja viele Themen, die wir gut miteinander vertiefen könnten. Für heute aber bedanken wir uns ganz herzlich für einen wirklich spannenden Austausch und für einen spannenden Diskurs, den wir gerne fortsetzen werden. In diesem Sinne wünschen wir Ihnen weiterhin im Interesse der Nachhaltigkeit viel Erfolg. Vielen Dank.

BMin Svenja Schulze (Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung): Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt 2

Nachbereitung der Sitzung des



**Staatssekretärsausschusses für nachhaltige
Entwicklung am 27. November 2023 zum Thema
„Schadstofffreie Umwelt“ durch Stefan Tidow,
Staatssekretär im Bundesministerium für
Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und
Verbraucherschutz (BMUV)**

dazu beigefügt:

Antworten des BMUV auf offene Fragen aus der
56. Sitzung des PBnE am 21.02.2024
Ausschussdrucksache 20(26)114

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ich rufe
TOP 2 auf. Es geht um die Nachbereitung des
Staatssekretärsausschusses vom
27. November 2023 zum Thema „Schadstofffreie
Umwelt“. Das ist ein Teilgebiet dessen, was das
BMUV alles an Themen abdeckt. Wir haben
gerade über Biodiversität gesprochen. Eine
schadstofffreie Umwelt hat natürlich auch
indirekt mit Artenschutz zu tun, aber das soll jetzt
nicht im Fokus stehen. Unser Hauptaugenmerk
liegt auf dem Thema „schadstofffreie Umwelt“.
Ich konnte an der Sitzung des
Staatssekretärsausschusses teilnehmen und hatte
vor kurzem einen interessanten Austausch mit
dem Handlungsausschuss des VCI (Verband der
Chemischen Industrie). Wenn man all das
betrachtet, einschließlich des Modells der
globalen Grenzen, ergibt sich ein durchaus
herausforderndes Bild zu diesem Thema. Daher
sind wir gespannt auf Ihren Bericht. Wir haben
vereinbart, dass Sie etwa 10 Minuten für den
Einstieg haben und wir danach das gleiche Format
wie zuvor durchführen, mit jeweils 5 Minuten für
Fragen und Antworten. In diesem Sinne, Herr
Tidow, wir freuen uns auf Ihren Beitrag.

StS Stefan Tidow (Staatssekretär im
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,
nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz):
Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender, meine
Damen und Herren Abgeordnete. Ich freue mich
erst mal sehr, hier zu sein. Für mich ist es eine
Premiere im Beirat, und ich möchte gerne über
den Transformationsbereich 6 der Deutschen
Nachhaltigkeitsstrategie zur schadstofffreien
Umwelt berichten. Es scheint fast wie eine
Vorahnung oder Fügung, dass wir gerade in der
vergangenen Nacht im europäischen Trilog einen
Durchbruch in Bezug auf die
Luftqualitätsrichtlinie erzielt haben. Ich finde, das
passt gut, denn unterm Strich müssen wir sagen,

dass das Ergebnis bedeutet, dass wir in Bezug auf
Stickstoffdioxid, Schwefeldioxid und auch
Feinstaub, insbesondere bei PM 2,5 (Feinstaub mit
einem aerodynamischen Durchmesser kleiner als
2,5 Mikrometer) Fortschritte gemacht haben. Sie
haben bereits auf Fortschritte und
Schwierigkeiten hingewiesen, was ich gleich noch
vertiefen möchte. Bevor ich jedoch näher auf die
Sitzung eingehe, möchte ich grundsätzlich noch
einige Anmerkungen zum Thema machen. Die
Auswirkungen von Stoffen und Abfällen auf
Menschen und Umwelt sind wirklich von
existenzieller Bedeutung. Wir sollten uns diesem
Thema dringend widmen, denn es betrifft die
Lebensgrundlagen und bildet die Basis für
Gesundheit, Wohlstand und nachhaltiges
Wirtschaften, sowohl für uns als auch für
nachfolgende Generationen. Ich denke, es ist sehr
positiv und ein großer Fortschritt, dass wir
mittlerweile nicht nur die Klimakrise und die
Biodiversitätskrise angehen, sondern auch die
globale Verschmutzungskrise als eine dritte große
Herausforderung in den öffentlichen und
politischen Diskursen anerkennen. Es ist bereits
ein positiver Schritt, dass in der Deutschen
Nachhaltigkeitsstrategie dem Aspekt der
Schadstoffeinträge ein eigenes Kapitel gewidmet
ist. Es zeigt ein Bewusstsein dafür, dass viele der
breit gefassten Nachhaltigkeitsziele, wie von
Herrn Brinkhaus bereits angesprochen, ohne
Maßnahmen zum Umweltschutz und
insbesondere zur Reduzierung schädlicher Stoffe
für Mensch und Umwelt nicht erreicht werden
können. Das ist in der Tat wahr. Die drei großen
Krisen – die Biodiversitätskrise, die Klimakrise
und die Verschmutzungskrise – sind eng
miteinander verbunden. Die Bekämpfung der
Verschmutzungskrise hat auch wichtige
Auswirkungen auf die Biodiversität und den
Klimaschutz. Die Verschmutzung, insbesondere
wenn wir uns genauer mit Schadstoffen befassen,
lässt sich im Grunde genommen nicht mit einem
eindimensionalen Blick erfassen. Schadstoffe oder
Stoffe sind erst einmal allgegenwärtig. Sie haben
sowohl nützliche als auch schädliche
Auswirkungen, und ihre Wirkungen auf
Umweltmedien wie Wasser, Boden und Luft
sowie auf die menschliche Gesundheit sind
äußerst vielfältig. Wir können die Problematik
nicht nur national betrachten, sondern müssen sie
vor allem auch aus einer überregionalen und



globalen Perspektive heraus angehen. Wir müssen sie sowohl auf nationaler als auch auf globaler und europäischer Ebene betrachten und stets die europäische Dimension berücksichtigen. Anders als durch den bisherigen an den SDGs orientierten Ansatz der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie soll jetzt in der Weiterentwicklung das Kapitel zur verschmutzungsfreien Umwelt so behandelt werden, dass es ein breiteres Feld von Handlungsoptionen eröffnet und adressiert. Das Thema lässt sich nicht allein durch Umwelt-, Stoff-, Abfall- oder Produktrecht erfassen. Es erfordert vielmehr ein integriertes Denken, das auch die vielfältigen Politikbereiche innerhalb der Bundesregierung und verschiedene Ressorts einbezieht. Wir streben an, einen integrierten und strategischen Blick auf das Problem zu werfen und die Wechselwirkungen sowie Synergien zu adressieren. Daher wollte ich betonen, dass Stoffe ubiquitär sind und eine Vielzahl von Zielkonflikten damit einhergeht. Es ist nicht einfach, Grenzwerte festzulegen und damit alle Probleme zu lösen, da dies möglicherweise auch Probleme an anderer Stelle schaffen könnte. Ich denke, es gibt nur wenige Bereiche, in denen Zielkonflikte so konkret anstatt abstrakt gelöst werden müssen. Wir müssen genau betrachten, über welche konkreten Stoffe wir reden. Die Maßnahmen zur Reduzierung der Auswirkungen dieser Stoffe auf die Menschen und auf die Umwelt sind bereits im Zero Pollution Action Plan der Europäischen Kommission enthalten, den Sie sicherlich kennen. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, auch zum Begriff etwas zu sagen, denn Zero Pollution bedeutet unserem Verständnis nach natürlich nicht, dass wir künftig ganz auf Chemikalien verzichten wollen, sollen oder müssen. Es gibt stoffliche Verwendungen, die für wichtige Transformationsprozesse derzeit auch unverzichtbar sind. Auch das Stichwort Zielkonflikte müssen wir uns dann genau anschauen und gucken, ob es sachgerechte Lösungen gibt. Aber wir dürfen davon ausgehend uns dann auf diesen Lösungen, die vielleicht manchmal auch nur temporär sind, nicht ausruhen. Ich glaube auch, dass wir jetzt den Blick verstärkt darauf lenken müssen, nachhaltige Alternativen zu entwickeln und einzusetzen. Das war ein kurzer Einblick in das Thema, das sich auch in unserem Hintergrundpapier

widerspiegelt, das wir auf der Sitzung vorgestellt haben und das Ihnen sicherlich vorliegt.

Auf der Sitzung hatten noch einen sehr intensiven Austausch mit einem Experten, nämlich Herrn Prof. Dr. Kümmerer von der Leuphana Universität. Da ich von dieser Sitzung auch berichten soll, möchte ich vielleicht drei oder vier Punkte erwähnen, die uns Herrn Prof. Dr. Kümmerer in der Sitzung mit auf den Weg gegeben hat. Er hat sehr eindringlich anhand unterschiedlicher Beispiele, vor allem aus dem Wasserbereich, noch einmal die Komplexität der Belastungspfade deutlich gemacht, die sich aus der Vielzahl der Stoffe und Gemische und ihren Verwendungen ergeben. Er hat darauf hingewiesen, dass der Kenntnisstand über Stoffeigenschaften auch über die Expositionspfade und insbesondere auch über mögliche Wechselwirkungen nach wie vor ziemlich unzureichend ist. Daher sprach sich Prof. Kümmerer für einen gefahrenbasierten Ansatz und gefahrenbasierte Regelungen aus sowie für den Einsatz und die Entwicklung von Stoffen, die von vornherein unproblematisch sind. Interessant fand ich, dass er über neue Denk- und Geschäftsmodelle nachgedacht hat und wie man eigentlich einen Paradigmenwechsel in einer Stoffpolitik initiieren kann, weg von reinen mengenbasierten Verkaufsstrategien hin zu Service- und Beratungsmodellen, um damit den Stoffeinsatz zu verringern. Er hat anhand eines Beispiels beim Einsatz von Bioziden im Krankenhausbereich deutlich gemacht, dass dieser offensichtlich erheblich ist. Durch Beratung Biozideinsatz reduziert werden. Doch der Absatzverlust für die entsprechenden Unternehmen kann durch die Hersteller kompensiert werden, indem sie gewissermaßen Service-Komponenten anbieten und dadurch den Absatzverlust ausgleichen. Abschließend führte er an, dass Deutschland eine globale Verantwortung übernehmen sollte und Exportverbote für in der EU nicht zugelassene Stoffe in Betracht ziehen müsse. Das waren seine Hauptthesen. Es gab dann noch mal eine kurze Austauschrunde, an der auch der Vorsitzende des PBnE teilgenommen hat. Es muss festgehalten werden, dass aufgrund des engen Zeitplans der Sitzung ein umfassender Austausch der Ressorts zu diesem Thema sowie eine Diskussion über den Input nicht mehr möglich war. Damit möchte ich meine



Ausführungen abschließen, um nicht zu sehr in die Länge zu ziehen. Ich hoffe, ich konnte Ihnen einen Eindruck von unserem Papier und der Debatte vermitteln und stehe nun für Fragen zur Verfügung. Herzlichen Dank.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Ein herzliches Dankeschön, Herr Staatssekretär. Dies ist in der Tat ein breites und leider auch mit einigen bedrohlichen Aspekten behaftetes Thema. Bevor ich jedoch inhaltlich einsteige, möchte ich erst einmal einen Blick in die Runde werfen. Ich sehe Frau Ganserer, Herrn Brinkhaus und Herrn Gründer. Lassen Sie uns zunächst mit Frau Ganserer beginnen.

Abg. Tessa Ganserer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrter Herr Tidow, vielen Dank für Ihre Ausführungen. Sie haben mit den Einigungen in den Trilog-Verhandlungen zur Luftreinhaltungsrichtlinie der EU begonnen, und das halte ich für ein ganz wesentliches Element. Wenn man sich anschaut, haben wir zwar in den letzten Jahrzehnten die Luftschadstoffe deutlich reduziert, aber nach wie vor gibt es aufgrund von Luftschadstoffen viele hunderttausend vorzeitige Todesfälle in Europa. Das zeigt, welchen Einfluss eine saubere Umwelt auf die menschliche Gesundheit hat. Deshalb halte ich das für sehr wichtig. Sie haben das Themenfeld persistente Stoffe und die Chemikalienpolitik angesprochen, was ebenfalls von großer Bedeutung ist. Ich möchte noch auf zwei Indikatoren der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hinweisen. Wir müssen auch das Thema Wasser berücksichtigen. Nämlich der Indikator Phosphor in Fließgewässern, bei dem wir von der Zielerreichung noch entfernt sind, und Nitrat im Grundwasser. Auch das sind Stoffeinträge, bei denen wir feststellen, dass wir die Ziele der Bundesregierung noch nicht erreicht haben. Was muss Ihrer Meinung nach hier getan werden? An welchen Maßnahmen arbeitet die Bundesregierung, um diese Ziele zu erreichen?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Am besten antworten Sie direkt. Wir haben fünf Minuten für Frage plus Antworten.

StS Stefan Tidow (Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz): Herzlichen Dank. Ich kann nur zustimmen, dass tatsächlich bei Phosphor und Nitrat nach wie vor

Handlungsbedarf besteht. Was Phosphor betrifft, kann ich zu den konkreten Strategien oder operativen Maßnahmen zur Umsetzung der Phosphor-Strategie wenig sagen, da dieser Bereich in die Zuständigkeit meiner Kollegin fällt. Beim Nitrat sieht es etwas anders aus. Da, glaube ich, haben wir nach vielen Jahren, in denen wir im Hinblick auf die Problematik der Eutrophierung mit der Düngeverordnung gewissermaßen in der Zwickmühle und in einem Zielkonflikt standen, jetzt einen guten Ansatz gefunden, der derzeit im Rahmen eines Kompromisses oder einer gemeinsamen Initiative zwischen dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und dem BMUV umgesetzt wird. Ich bin zunächst einmal sehr zuversichtlich, dass dies einen wichtigen Fortschritt im Hinblick auf die Nitratbelastung und die Eutrophierung darstellt. Ich möchte an dieser Stelle nochmals deutlich machen, dass gerade die Frage der Düngeverordnung auch in der aktuellen politischen Diskussion eine gewisse Aufladung erfährt. Dabei geht es nicht nur um zusätzliche Bürokratie, sondern um ein elementares Problem mit dem Grundwasser sowie massiven Problemen in den Oberflächengewässern. Die Situation ist so ernst, dass die Fischbestände in der Nord- und Ostsee massiv beeinträchtigt sind. Wir haben praktisch keine Heringe mehr. Es ist wichtig, sich immer wieder vor Augen zu führen, dass wir uns in einer schwierigen Lage befinden, oft auch in einem Zielkonflikt. Die Verhandlungen mit den Ländern waren äußerst intensiv, um dieses Ergebnis zu erzielen. Aber es ist wichtig, dass wir hier vorankommen, um die Umweltbelastung und die Situation zu verbessern, insbesondere in den Oberflächengewässern, damit wir wieder Heringe in der Nord- und Ostsee haben. Es ist wichtig, ehrlich in der Diskussion zu sein und deutlich zu machen, worum es bei Umweltregulierung eigentlich geht, angesichts einer komplexen Situation und verschiedener Zielkonflikte.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank für die Beantwortung. Ich gleiche einmal kurz die Redeliste ab. Ich habe Herrn Brinkhaus, Herrn Gründer, Herrn Dr. Kraft. Habe ich jemanden übersehen oder meldet sich noch jemand zu Wort? Dann ist das für den Moment so. Herr Brinkhaus, Sie haben das Wort.



Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Vielen Dank für die Auskünfte, die Sie uns gegeben haben. Ein erster Punkt betrifft die verschiedenen Nachhaltigkeitsstrategien sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Wir verfügen über ganz konkrete Indikatoren. Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie befindet sich derzeit in einem Überarbeitungsprozess, und ich denke, es ist wichtig, dass wir uns dabei auch über einige Indikatoren austauschen. In unseren traditionellen Indikatoren haben wir die Luft- und Wasserbelastung sowie die Nährstoffeinträge in Nord- und Ostsee berücksichtigt. Allerdings fehlt der Aspekt des Bodens, der in der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie enthalten ist. Und ich denke, wir haben auch noch nicht versucht, den Schadstoffeintrag in den Menschen in irgendeiner Form zu quantifizieren. Das wäre also auch noch ein Punkt, den ich ansprechen möchte. Daher ermutige ich Sie, genauso wie ich es bei der Ministerin getan habe, sich an der Überarbeitung der Indikatoren zu beteiligen. Denn wie Frau Ganserer ganz richtig festgestellt hat, sind diese Indikatoren unser wichtigstes Steuerungsinstrument. Wenn wir uns die drei großen Bereiche anschauen, Luftbelastung, Wasserbelastung und Nährstoffeinträge in Nord- und Ostsee, liegen wir bei der Luftbelastung im grünen Bereich. Das ist sehr erfreulich und zeigt, dass in der Bundesrepublik Deutschland gute Arbeit geleistet wurde. Bei der Wasserbelastung und den Nährstoffeinträgen in Nord- und Ostsee liegen wir jedoch im gelben Bereich. Die Situation in der Nordsee ist gut, aber in der Ostsee ist sie schlecht. Das ist der Punkt, den Sie vielleicht auch gerade angesprochen haben. Jetzt haben Sie Frau Ganserer eine Auskunft gegeben, die war mir leider nicht konkret genug. Ich würde jetzt wirklich erwarten, dass Sie sagen, okay – wir sind bei zwei Indikatoren auf Gelb und das ist der dazugehörige Aktionsplan. Also ganz konkret: „Das ist die Maßnahme eins, das ist die Maßnahme zwei, das ist die Maßnahme drei.“ Ich erwarte, dass Sie uns dann nächstes Jahr wieder besuchen und sagen, dass Sie diesen Aktionsplan umgesetzt haben. Nehmen wir mal als Beispiel „Nitrat“. Der Wert ist übrigens immer konstant geblieben. Seit den letzten 20 Jahren ist der Wert für Nitrat nicht schlechter geworden. Das wird immer anders behauptet. Der Wert ist einfach konstant geblieben. Im Ergebnis sind keine

Fortschritte erreicht worden. Wir haben bei 81 Prozent der Messstellen gute Ergebnisse erzielt. Bei 19 Prozent haben wir keine guten Ergebnisse. Wir sollten aber auf 100 Prozent kommen. Mich würde daher interessieren, was der Maßnahmenkatalog des Bundesumweltministeriums ist, um auf 100 Prozent zu kommen. Was ist der Maßnahmenkatalog des Bundesumweltministeriums, um den Nährstoffeintrag in der Ostsee zu verbessern? Das wären Sachen, wo wir mitarbeiten können. Das ist ja alles schön, was Sie gesagt haben. Ich will es auch überhaupt nicht kritisieren, aber das war aus meiner Sicht eine Flughöhe von 10.000 Meter und dass man dabei verschiedene Dinge tun müsse. Bei einer Flughöhe 10.000 Meter kommen wir in der ganzen Nachhaltigkeitsdebatte, das ist übrigens keine exklusive Kritik an der Bundesregierung nicht weiter, sondern wir müssen sagen, ob das Ziel erreicht wurde oder nicht. Wir haben bei zwei wesentlichen Indikatoren die Ziele nicht erreicht. Infolgedessen bräuchten wir die entsprechenden Gegenmaßnahmen. Die müssten Sie uns eigentlich vorstellen. Ich würde Sie einfach bitten, wenn das heute nicht möglich ist, dass Sie uns das einfach schriftlich nachreichen, wie die Strategie der Bundesregierung in diesen Bereichen konkret aussieht.

StS Stefan Tidow (Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz): Herzlichen Dank, Herr Abgeordneter. Ich will zunächst zu den Indikatoren noch mal etwas sagen. Die sind im Augenblick tatsächlich in der Überarbeitung. Auch die Fragen zum Thema „Boden“ werden im Augenblick diskutiert. Die Schwierigkeit bei diesem Indikator ist, dass wir ihn operationabel machen müssen. Insofern diskutiert die Bundesregierung im Augenblick über dieses Thema. Es macht auch keinen Sinn, wenn es immer mehr Indikatoren werden. Am Ende nützt uns das auch nichts. Fraglich ist auch, ob die Indikatoren aussagekräftig genug sind oder wie wir uns stärker auf die eigentliche Aussagekraft fokussieren können. Diese Diskussion läuft im Augenblick im Rahmen der Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Da erzähle ich Ihnen auch nichts Neues. Bezüglich der Maßnahmen reiche ich Ihnen gerne die Dinge noch nach. Aber



ich möchte vom Ansatz her schon noch mal deutlich machen, dass es dabei nicht darum geht, was ist der Maßnahmenkatalog des BMUV im Hinblick auf Nitrat und einzelne Schadstoffe, sondern dass – und das ist eine der Kernaussagen des Transformationsteams zur schadstofffreien Umwelt – es dabei um Maßnahmen unterschiedlicher Ressorts gehen muss. Das ist dann nicht der Hebel eines einzelnen Ressorts. Daher haben wir nicht die eine Stellschraube, um die Dinge einfach umzuschalten.

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Sie können uns gerne den Maßnahmenkatalog des zuständigen Transformationsteams zusenden. Es ist mir klar, dass es da verschiedene Ansätze des BMUV bzw. des BMEL gibt. Es muss ja aber einen Maßnahmenkatalog der Bundesregierung geben.

StS Stefan Tidow (Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz): Das ist mir einfach noch mal wichtig. Die Dinge sind gerade in der Entwicklung und in der Diskussion im Rahmen der Überarbeitung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Noch 20 Sekunden, darf ich eine Nachfrage stellen, Herr Vorsitzender?

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Natürlich.

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Das heißt, es gibt aktuell keinen konkreten Aktionsplan, beispielsweise im Hinblick auf die Ostsee, um dort die Nährstoffeinträge mit den diversen Maßnahmen zu senken?

StS Stefan Tidow (Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz): Das Thema Nährstoffeinträge in die Ostsee treibt uns sehr um. Daher gibt es eine ganze Menge von Maßnahmen, mit denen wir auf diese Situation Einfluss nehmen. In diesem Zusammenhang habe ich die Düngeverordnung bereits genannt. Natürlich ist die Frage der Renaturierung von Auen, der Wiederherstellung von Flüssen und der Natur sowie das Aktionsprogramm für natürlichen Klimaschutz sehr bedeutsam. Vor diesem Hintergrund gibt es eine ganze Reihe von Instrumenten und Maßnahmen, die darauf abzielen, die Eutrophierung und somit die

Belastung der Gewässer in Nord- und Ostsee zu reduzieren.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank für die Beantwortung. Ich habe jetzt Herrn Gründer, dann Herrn Dr. Kraft und dann habe ich mich noch auf die Redeliste gesetzt. Als nächstes spricht Herr Gründer.

Abg. **Nils Gründer** (FDP): Meine Frage bezieht sich auf den derzeit in Brüssel diskutierten Vorschlag zur Richtlinie für das Bodenschutzmonitoring. Ich frage mich, wie Sie diesen Vorschlag inhaltlich bewerten und ob er für Behörden und Ministerien überhaupt bürokratisch umsetzbar ist. Besteht die Gefahr, dass er ein unverhältnismäßiges Maß an Bürokratie und neuen Vorschriften mit sich bringt? Ich wäre daran interessiert, Ihre Einschätzung dazu zu hören.

StS Stefan Tidow (Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz): Vielen Dank für die Frage. Diesen Punkt reiche ich Ihnen schriftlich nach. Ich kann es im Augenblick nicht sagen.

Abg. **Nils Gründer** (FDP): Alles klar.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank. Anschließend Herr Dr. Kraft und danach komme ich noch mit meiner Frage.

Abg. **Dr. Rainer Kraft** (AfD): Dankeschön. Mir ist gerade eine Nachfrage eingefallen. Ich weiß gar nicht, ob Sie für das Thema zuständig sind. Sie haben bestimmt Ihre eigene Meinung darüber bzw. die Expertise in Ihrem Referat. Es geht darum, dass Chemikalien verboten werden sollen. Das geschieht hauptsächlich auf Ebene der EU, bei der entsprechende Verbote für bestimmte Chemikalien ausgesprochen werden. Es führt natürlich dazu, dass die Produktion oder der Umgang der Industrie mit diesen Stoffen in Länder wandert, wo dies alles nicht beachtet wird. Die Frage ist eigentlich, ob es nicht sinnvoller wäre, dass man anstatt Chemikalienverbote ausspricht, einen Katalog von technischen oder organisatorischen Maßnahmen entwickelt, die den Umgang mit diesen Stoffen erlauben, aber mit Einschränkungen, sodass eine Kontamination der Arbeiter vor Ort in diesem Produktionsbetrieb nicht stattfinden kann und



dass auch eine freisetzende Umwelt mit den entsprechenden technologischen und organisatorischen Maßnahmen nicht stattfinden kann bzw. absolut minimiert wird. Wäre es nicht vielleicht eine ganzheitlichere Herangehensweise, anstatt einfach ein regionales, auf die EU beschränktes Verbot im Umgang mit der Chemikalie auszusprechen? Das könnte dazu führen, dass Unternehmen, die diese Chemikalien als alternativlos betrachten, ihre Produktion einfach in Länder verlagern, in denen ein weiterer Umgang mit dieser Chemikalie oft unter sehr schmutzigen und weniger reglementierten Bedingungen möglich ist. Verstehen Sie, was ich meine?

StS Stefan Tidow (Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz): Ja, ich denke, ich verstehe Ihren Standpunkt. Ich sehe nur nicht, dass es immer nur darum geht, ob Chemikalien entweder verboten oder nicht verboten werden. Tatsächlich ist unsere Herangehensweise sehr differenziert. Einige Chemikalien werden verboten, andere unterliegen Grenzwerten, und es gibt wiederum andere, bei denen der Einsatz unter bestimmten technischen Voraussetzungen erlaubt ist. Die Realität ist also viel komplexer, als es auf den ersten Blick erscheinen mag. Ich denke, das ist der richtige Ansatz. Wir müssen uns dabei auf wissenschaftliche Untersuchungen und die tatsächlichen Auswirkungen der Stoffe stützen.

Abg. Dr. Rainer Kraft (AfD): Ein Beispiel aus der letzten Legislaturperiode: Das Verbot von Chromsalzen für die Anwendung innerhalb der EU. Diese wurden verboten, was bedeutete, dass Unternehmen die bisher Chromsalze verwendeten – Substanzen, die tatsächlich toxisch, krebserregend und umweltschädlich sind –, keine Möglichkeit mehr hatten, sie innerhalb der EU einzusetzen. Die Folge war, dass diese Produktionsprozesse einfach aus der EU ausgelagert wurden, wo dann anderswo mit diesen gefährlichen Substanzen umgegangen wurde. Ein ganzheitlicher Ansatz würde vielleicht bedeuten, dass Betriebe in der EU bestimmte Auflagen erfüllen müssen, um den Einsatz dieser Substanzen zu ermöglichen, anstatt sie in Entwicklungsländer zu verlagern, wo oft weniger strenge Umweltauflagen gelten.

StS Stefan Tidow (Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz): Das, was Sie als ganzheitlichen Ansatz bezeichnen, ist genau das, was die Bundesregierung verfolgt und antreibt. Im vergangenen Jahr fand die internationale Chemikalienkonferenz in Bonn statt. Wir versuchen, gemeinsam ein internationales Chemikalienregime aufzubauen. Zugegebenermaßen steht dies noch am Anfang und ist noch nicht dort, wo es eigentlich sein sollte. Aber der Hintergrund ist genau das, was uns beschäftigt, denn es hilft niemandem, wenn in anderen Ländern mit umweltschädlichen Chemikalien gehandelt wird. Das Ziel muss eine internationale Regulierung sein, sodass bestimmte Stoffe entweder nicht mehr verwendet werden oder so verwendet werden, dass sie weder Mensch noch Umwelt gefährden. Das ist unser Ziel. Ich glaube auch nicht, dass Unternehmen in jedem Fall vertrieben werden, denn oft gibt es heute Lösungen, um Dinge zu ersetzen, die weniger umweltgefährdend sind. Es ist klug und richtig, im Interesse von Mensch und Umwelt giftige Chemikalien durch ungiftige oder weniger giftige Chemikalien zu ersetzen. Das stärkt auch den Wirtschaftsstandort Deutschland, da wir hier zu einem Innovationsmotor und Treiber werden und zeigen, wie es geht. Dies ist auch im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit und zukunftsfähige, nachhaltige Strategien der richtige Weg. Anstatt die Produktion zu verlagern, sollten wir versuchen, in diesen Leitmärkten oder zukünftigen Leitmärkten eine Spitzenposition zu erreichen.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank für die Beantwortung. Dann schließe ich die Redeliste. Ich würde bei meiner Frage den Blick gerne etwas nach vorne richten. Ich hatte die Ehre, am Staatssekretärsausschuss teilzunehmen und habe das Fachgespräch mitbekommen. Mich würde interessieren, wie der ganze Prozess jetzt weiterläuft. Es geht ja um die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Das haben wir nun schon mehrfach gehört. Aber in den Transformationsbereichen müssen wir auch substanziell inhaltlich weiter voranschreiten. Deswegen meine Frage: Welche konkreten Verabredungen gibt es da insgesamt? Bei dem zweiten Aspekt würde ich noch mal auf den Hinweis zurückkommen, der ja in der



Veranstaltung gegeben worden ist und den Sie vorhin zitiert haben. Nämlich die Frage, wie können wir von einem reinen mengenorientierten Geschäftsmodell zu mehr service- und beratungsorientierten Geschäftsmodellen kommen und uns dabei gleichzeitig nicht mehr nur den wirtschaftlichen Erfolg und Prosperität über Mengensteigerungen im Bereich von Stoffen und Substanzen fokussieren, sondern beispielsweise auch anhand dieser Optimierungsfragen. Wie wird dieser Aspekt, der ja ein wirtschaftliches Anreizsystem darstellt, weiterverfolgt? Das ist sozusagen der Spezialfall, der mich interessieren würde.

StS Stefan Tidow (Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Wie geht es weiter? Wir sind als BMUV gewissermaßen in dem Transformationsteam mit unserem Papier gestartet. Wir haben gerade in der nächsten Woche noch mal Veranstaltungen, um mit unterschiedlichen Stakeholdern in den Dialog zu kommen, u.a. auch mit der chemischen Industrie. Wir haben dann eine zweite Dialogveranstaltung mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) und auch mit der Wissenschaftsplattform Nachhaltigkeit 2030, wo wir den Input der Bundesregierung einfließen lassen. Auch das ist mir noch mal wichtig, dass wir nicht alleine an diesem Papier sitzen oder an diesem Beitrag, der dann in die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie mündet, sondern intensive Diskussionen in den Ressorts haben. Das ist auch die Antwort auf Ihre Frage. Wir werden die Anregungen gerade auch zu diesem Ansatz- oder Paradigmenwechsel natürlich auch einspeisen und uns in der Diskussion mit den anderen Ressorts dafür stark machen, dass wir das, was gemeinsam erarbeitet wird, auch mit den Stakeholdern im RNE und der Wissenschaft diskutieren. Ziel ist es, dass wir das Papier insgesamt konsolidieren, auch vom Kanzleramt. Ich schaue dabei Herrn Bauernfeind an, der hinter mir sitzt. Ziel ist es, das all dies dann Eingang in den Entwurf der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie findet, die dann in die Öffentlichkeitskonsultation geht und anschließend final in der Bundesregierung abgestimmt wird. Also die Federführung hat das Bundeskanzleramt inne, auch wenn wir jetzt diese Transformationsdialoge bzw. die

Transformationsteams haben. Am Ende ist für die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie und auch die textliche Fassung das Bundeskanzleramt verantwortlich. Daran wir dort mit Hochdruck gearbeitet. Daher werden diese Beiträge jetzt auch schon zwischen den Ressorts diskutiert.

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank für die Beantwortung, Herr Staatssekretär. Vielen Dank für den interessanten Austausch. Wir werden die Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie aktiv begleiten. Das haben wir vorhin auch in der Obleuterunde insoweit schon ein bisschen vorbereitet und vorbesprochen. Daher sind wir sehr gespannt, auch auf das Dialogpapier, das ja kommen wird, das für uns dann auch noch mal den Einstieg darstellen wird. Für heute aber ein herzliches Dankeschön bei diesem sehr, sehr schwierigen Feld, das Sie zu bearbeiten haben, wo wir aber dringend auch zählbare Erfolge brauchen. Ich nenne es mal ruhig so, zählbare Erfolge und eben nicht nur die bezüglich der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen weiterhin viel Erfolg und bis bald. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt 3

Aussprache und Beschlussfassung über die Unterrichtung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung zum Indikatorenbericht 2022 des Statistischen Bundesamtes des Statistischen Bundesamtes

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Beteiligung bei den beiden letzten Tagesordnungspunkten. Das hat mich sehr gefreut. Wir werden die weiteren Punkte jetzt zügig abarbeiten können. Mir ist am Anfang ein kleiner Fehler unterlaufen, nämlich bezüglich TOP 3. Diesen Punkt haben wir in der Obleuterunde abgesetzt.

Tagesordnungspunkt 4

Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung - Beschlussfassung über die Votenliste

Ausschussdrucksache 20(26)99

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Wir kommen zum TOP 4,



Nachhaltigkeitsprüfungsbewertung,
Beschlussfassung über die Votenliste. Es liegen
keine Prüfbitten vor. Wir können direkt zur
Beschlussfassung kommen. Wer der Votenliste auf
A-Drs. 20(26)99 so zustimmt, denjenigen bitte ich
um das Handzeichen. Das sind alle Fraktionen.
Damit ist das einstimmig. Dankeschön.

Tagesordnungspunkt 5

Berichte aus den Berichterstattergruppen und zu zentralen Nachhaltigkeitsthemen in den Ausschussberatungen

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Dann
haben wir TOP 5, Berichte aus den
Berichterstattergruppen und zu zentralen
Nachhaltigkeitsthemen. Angemeldet ist hier kein
Thema. Deswegen der Blick in die Runde. Gibt es
hierzu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt 6

Verschiedenes

Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD): Schließlich
haben wir noch den TOP 6. Hier will ich nur
darauf hinweisen, dass die Beiratsmitglieder in
das Büro der NGO Cradle to Cradle am
14. März 2024 von 11 bis 13 Uhr eingeladen
worden sind. Hier geht es um Modelle der
Kreislaufwirtschaft. Ich gebe noch mal den
Hinweis, dass das für die Kolleginnen und
Kollegen aus den Umwelt AGs auch interessant
sein kann. Sie können diese Information gerne
weitergeben. Ich würde mich jedenfalls über eine
rege Beteiligung freuen. In diesem Sinne sind wir
am Ende der heutigen Sitzung. Es sei denn, es gibt
noch Wortmeldungen. Das ist nicht der Fall. Dann
darf ich die Sitzung schließen. Vielen Dank. Ich
wünsche eine erfolgreiche Woche.

Schluss der Sitzung: 18:41 Uhr

Helmut Kleebank, MdB

Vorsitzender